

Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Postregulationsbehörde PostReg
Bundeshaus Nord
3003 Bern

9. Januar 2007

**Parlamentarischen Initiative: Presseförderung mittels Beteiligung an den Verteilungskosten;
Stellungnahme des Regierungsrates**

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns zur Stellungnahme über die Parlamentarische Initiative «Presseförderung mittels Beteiligung an den Verteilungskosten» eingeladen, wofür wir danken.

Die Vorlage soll die bis Ende 2007 geltende Regelung ersetzen. Sie führt das geltende System weiter, wonach die Post für die Beförderung von abonnierten Zeitungen und Zeitschriften distanzunabhängige Vorzugspreise gewährt. Dagegen ist nichts einzuwenden; wir betrachten es, obwohl nicht die beste Lösung, als taugliches Mittel zum Erhalt eines vielfältigen Pressemarktes und stimmen der Verlängerung zu.

Auch dem neuen Abs. 3, der zusätzliche Ermässigungen für Kleinverleger auf lokaler und regionaler Ebene vorsieht, stimmen wir zu. Damit können gezielt kleinauflagige Blätter auf den untersten föderativen Ebenen gefördert werden; sie garantieren in erster Linie die heute (noch) bestehende Pressevielfalt. Der neue Art. 15 des Postgesetzes findet darum unsere Zustimmung.

Die von der Post gewährten Vergünstigungen sind richtigerweise weiterhin abzugelten vom Bund. Am Gesamtbetrag der Abgeltungen von 80 Mio Franken ist festzuhalten.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Peter Gomm

sig.
Dr. Konrad Schwaller

